

Dezember 2024

Informationsheft



des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.



Rück- und Ausblick – Praxistag Schafhaltung – Erfolge 2024

SEITE

3

Kommentar

Rück- und Ausblick

SEITE

8/9

Unsere Erfolge

Was wir erreicht haben

SEITE

14

Im Austausch

Landwirtschaft in Uganda

SEITE

4

Bioenergie

im Energiesystem der Zukunft

SEITE

10/11

Macht der Sprache

Protest und Kommunikation

SEITE

15

Bürokratie

Teurer Kostenfaktor

SEITE

5

Vor-Ort-Termin

in Weißenfels

SEITE

12

E-Rechnung

Ab 1. Januar 2025 Pflicht

SEITE

6/7

Schafhaltung

Praxistag 2024

SEITE

12

KI oder nicht?

Fälschungen erkennen

MIT

**DENKEN.
REDEN.
MACHEN.**

**FÜR EINE
BESSERE
BAUERNPOLITIK.**

Impressum

Herausgeber

Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Maxim-Gorki-Straße 13 · 39108 Magdeburg
Tel. 0391 / 7 39 69-0 · Fax 0391 / 7 39 69-33
www.bauernverband-st.de · info@bauernverband-st.de
V.i.S.d.P. Marcus Rothbart

Das Informationsheft ist ein Presseorgan
des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

Redaktion

Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Ansprechpartner: Erik Hecht, Referent für
Medien, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit;
Torsten Freitag, Referent für Online-
Redaktion und Medien
Redaktionsschluss: 2.12.2024
Texte, wenn nicht anders gekennzeichnet:
Erik Hecht

Bildnachweis

Alle Bilder und Grafiken wurden durch den Bauernverband Sachsen-
Anhalt erstellt. *Ausnahmen:* S. 1: ted-browning/pixabay, S. 3: Rayk Weber, S. 4:
freepik.com, S. 8/9: Icons by thenounproject, 7, S. 12: image by freepik; firefly.
adobe.com S. 13: Schorlemmer-Stiftung,

Liebe Berufskolleginnen und -kollegen,

im Dezember 2023 hatten wir an dieser Stelle prognostiziert, dass sich unsere Rahmenbedingungen ändern werden. Da wusste noch keiner, wie weitreichend die Änderungen sein würden. Kurz darauf erfuhren wir die Sparpläne der Bundesregierung, es folgten historische Proteste und eine teilweise Rücknahme vonseiten der Ampel-Koalition. In diesem Winter gibt es keine mehrheitsfähige Regierung mehr, gegen die sich derartige Proteste richten könnten. Der Rest der Ampel-Koalition wird aller Voraussicht nach bis zum 23. Februar 2025 die Regierung bilden, dann wählen wir einen neuen Bundestag.

Die aktuelle Bundesregierung scheiterte aufgrund ihrer Differenzen in der Wirtschaftspolitik, insbesondere beim Bundeshaushalt, und weil es keine gemeinsame Vision gab. SPD, Grüne und FPD regierten auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Die Ministerien sind viele kleinteilige Projekte angegangen, statt eines gemeinsamen Konzeptes. Das ist, um nur ein Beispiel zu nennen, im Bereich Tierhaltung offensichtlich.

Die Borchert-Kommission hatte ein umfassendes Konzept entwickelt, um die Nutztierhaltung in Deutschland unter Berücksichtigung der Interessen von Kunden, Tierwohl, Handel und natürlich Tierhaltern zukünftig zu gestalten. Es sah vor, schrittweise höhere Haltungsstandards bis 2040 einzuführen, um den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl gerecht zu werden und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu sichern. Die geschätzten Kosten für diesen Umbau lagen bei bis zu 3,6 Milliarden Euro jährlich, zur Finanzierung wurden verschiedene Ansätze vorgeschlagen.

Trotz breiter Zustimmung zu den Empfehlungen scheiterte die Umsetzung, und zwar an den Finanzierungsfragen. Es gab keine Einigung darüber, wie die langfristige Finanzierung zuverlässig gestaltet werden sollte. Die Kommission stellte im August 2023 ihre Arbeit ein, da die notwendigen politischen und finanziellen Rahmenbedingungen ausblieben. Damit endete ein zentrales Vorhaben für eine zukunftsorientierte Nutztierhaltung in Deutschland, ohne umgesetzt zu werden. Die Bundesregierung hat zu diesem Thema keinen Kurs gefunden, die Tierhaltung verlagerte sich währenddessen weiter in andere Länder.

Die nächste Bundesregierung wird vor großen Aufgaben stehen, allem voran die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft und unsere Wirtschaft insgesamt. Eine starke Wirtschaft und die damit verbundene Wertschöp-

fung sind Grundpfeiler unserer Gesellschaft, denn ob Bildung, das Gesundheitssystem oder Renten, oder auch die Beihilfen für Blauzungen-Impfungen oder Frostschäden: Alle finanziellen Mittel dafür kommen aus dem, was Unternehmen und ihre Mitarbeiter erwirtschaftet haben.



Damit Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Dienstleister Gewinne erwirtschaften und Steuern zahlen können, brauchen sie unternehmerischen Freiraum und gute Perspektiven. Eine Bundesregierung kann z.B. nicht für die (noch) rund 200.000 Nutztierhalter kleinteilige Regelungen in allen Bereichen erlassen, noch dazu ohne Aussicht, ob die Vorgaben von heute auch morgen noch Bestand haben. Stattdessen muss eine Bundesregierung einen stabilen politischen Rahmen vorgeben, in welchem die Betriebe Entscheidungen treffen können, die nicht nur aus Durchhalten oder Aufhören bestehen. Dafür setzen wir uns als Bauernverband ein, bereits jetzt und besonders im kommenden Wahlkampf.

Ich wünsche uns allen, dass wir in diesem Advent und zum Jahreswechsel etwas mehr Ruhe und Zeit für unsere Familie haben. Im neuen Jahr wird der Wahlkampf schnell in volle Fahrt kommen, es stehen lange Wochen mit politischen Debatten und medialen Diskussionen ins Haus. Unser gemeinsamer Verband ist dafür stark aufgestellt, wie wir im zurückliegenden Jahr bewiesen haben. Ich danke allen Berufskolleginnen und -kollegen im Verband, den Mitgliedern in Vorständen und Fachgremien, unseren Familien und den Mitarbeitern auf den Betrieben, unseren Partnern im ländlichen Raum sowie natürlich dem Hauptamt in den Kreisen, in Magdeburg, Berlin und Brüssel, für ein erfolgreiches Jahr 2024.

*Olaf Feuerborn
Präsident des
Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.*

„Die Rolle der Bioenergie im Energiesystem der Zukunft“

Bericht zum Forum der Grünen Bundestagsfraktion am 4. November 2024

Nach ihren eigenen Aussagen steht die grüne Bundestagsfraktion für einen Erhalt der Bioenergie als Bestandteile der Energiewende, insbesondere wenn die Anlagen flexibel sind und Wärmenetze versorgen. Man wolle mit der von Robert Habeck angekündigten Bioenergiestrategie ein Gesamtpaket gestalten, welches sowohl die Bedürfnisse des Energiesektors als auch die Anforderungen des Klima- und Artenschutzes berücksichtigt. Das Vergütungssystem soll dabei geändert werden. Konkrete Inhalte sind aber nach wie vor nicht bekannt – hier wartet die Fraktion auf einen entsprechenden Vorschlag aus dem BMWK.

Die Vertreterin von Agora-Agrar verwies auf eine eigene Studie, nach der die Biomassenachfrage weiter zunehmen wird. Deshalb sollte Biomasse weniger energetisch, sondern vermehrt stofflich genutzt werden. Insbesondere Biogas wird an Bedeutung verlieren, es wird nur noch im Falle der Wirtschaftsdüngerverwendung als sinnvoll erachtet. Allerdings rechne man auch beim Fleischverzehr mit einer Halbierung des Verbrauchs, in einem früheren Vortrag von Agora Agrar wurde sogar von einer Reduzierung der Tierhaltung auf ein Viertel der heutigen Bestände ausgegangen. Gegen die Bioenergienutzung spräche zudem die deutlich höhere Energiemenge, die man durch PV- und Windkraftanlagen je Hektar erzeugen könne.

Der Fachverband (Sandra Rostek), der Landwirt H. Benning und die J. Schwarz von der Vermarktungsfirma SKVE verwiesen darauf, dass Biogas die volatilen Erzeuger im Strommarkt schon heute erneuerbar ergänzt. Gerade in der Kombination mit Wind und Sonne könnte Biogas im Fall der Dunkelflaute sowohl

das Stromnetz als auch die Wärmeerzeugung noch weitaus mehr unterstützen. Dies wäre laut einer Studie der Uni Erlangen um die Hälfte preiswerter als die aktuell geplanten H2-ready-Gaskraftwerke und vor allem auch heute schon ohne neue Erdgasimporte möglich. Biogasanlagen könnten bis zu 24 GW Erzeugungsleistung erbringen und damit etwa ein Drittel der erforderlichen Notfallkapazitäten absichern. Verwiesen wurde auf die Speicheroptionen der Biogasanlagen in Form von Silagen, als Gas in den Rohgasspeicher an der Anlage und als Methan in den Gaskavernen im Erdgasnetz für die Anlagen, die über eine Gasaufbereitung und einen Gasnetzzugang verfügen.

Es wurde von allen drei Rednern auf die gravierende Fehlsteuerung der aktuellen Ausschreibungsvorgaben hingewiesen: Die ausgeschriebenen Mengen reichen schon heute nur für 1/3 der Anlagen und eigentlich für noch weniger, wenn diese stärker überbaut werden. Von Seiten der SKVE wurde befürchtet, dass die aktuell erzielbaren Ausschreibungserlöse langfristig nicht auskömmlich sind und zu einer vorzeitigen Abschaltung der Biogasanlagen führen wird, auch wenn der zweite Vergütungszeitraum noch nicht zu Ende ist.

Leider war die Veranstaltung sehr einseitig organisiert. Die Online-Teilnehmer mussten mit der Zuschauerrolle vorliebnehmen, konnten ihre Anmerkungen nur schriftlich im Chat äußern. Bedauerlicherweise waren die Chatbeiträge dann aber ausschließlich für die Podiumsteilnehmer lesbar. Hier wäre ein mehr auf den Austausch orientiertes Veranstaltungsformat wünschenswert.

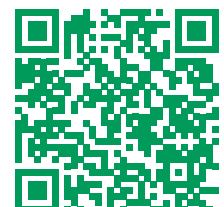
Thorsten Breitschuh
(BELANU)

Jetzt den WhatsApp-Kanal des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V. abonnieren!

Erhalten Sie aktuelle News rund um **Landwirtschaft, Politik und mehr** direkt auf Ihr Handy. Unser Kanal liefert **tagesaktuelle Informationen** zu Veranstaltungen, Neuigkeiten aus der Politik und vieles mehr.

Werden Sie Teil unserer Community und bleiben Sie immer auf dem Laufenden – kompakt und direkt!

Jetzt QR-Code scannen und Kanal abonnieren!



Vor-Ort-Termin zum geplanten Gewerbegebiet

An einem Acker im Burgenlandkreis haben sich am 6. November Landwirte, kommunale Vertreter, Anwohner und Journalisten getroffen. Grund dafür: Die Planung eines interkommunalen Gewerbegebietes, das bei vielen Anwohnern und regionalen Unternehmen in der Kritik steht.

Für die Region wird ein voranschreitender Bevölkerungs- und Fachkräfterrückgang prognostiziert. Fachkräfte sind bereits Mangelware. Die Region braucht ein Konzept, um die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität in der Region zu verbessern. Ob dem entgegengewirkt werden kann, wenn man als „Leuchtturmprojekt“ ein neues Gewerbegebiet aus dem Boden stampft, wird bezweifelt, zumal wenig über konkrete Ansiedlungsvorhaben bekannt ist. Hunderte Hektar Ackerland wären jedoch zweifelsfrei verloren.

Jens-Uwe Kraft, Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Burgenlandkreis e.V., ist über den Umgang mit den Landwirtinnen und Landwirte verärgert und äußerte: „Das geplante Gewerbegebiet wird als großer Gewinn dargestellt, aber woher sollen die Mitarbeiter dafür kommen? Was wir einfordern, ist eine ergebnisoffene Diskussion. Das scheint aber vonseiten der Entscheidungsträger nicht gewollt zu sein.“

Besonders betroffen von den Flächenversiegelungen wäre die Osterland Landwirtschafts GmbH. Der Geschäftsführer Arnd Helm erklärte, dass nicht nur die Ernte allein an den Äckern hängt: „In unserem Betrieb haben wir mit den Feldern, dem Grünland und der Tierhaltung einen komplexen und weitgehend geschlossenen Kreislauf. Wenn in dieser Rechnung 160 ha Fläche wegfallen, allein für unseren Betrieb, geht die Rechnung nicht mehr auf. Das Gewerbegebiet hätte für uns direkt zur Folge, dass wir mittelfristig Stellen abbauen müssten.“

Der Kreisbauernverband Burgenlandkreis e.V. und der Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V. haben weitere Kritikpunkte ausgearbeitet. Unteren anderem sind Fragen der Entwässerung und des Regionalen Entwicklungsplans offen. Zudem sind im weiteren Umfeld etliche Industriebrachen und leerstehende Gewerbegebiete bekannt. Landwirte und ihre Verbände werden weiter auf eine sinnhafte Lösung dringen.

Erik Hecht

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Größte Messe für Bildung, Job
und Gründung in Sachsen-Anhalt

Chance

Zukunft
selbst
gestalten

HALLE MESSE

21. + 22. Februar

Fr. 9 – 16 Uhr · Sa. 10 – 17 Uhr

www.chance-halle.de



Karten
online!



Praxistag Schafhaltung

Am 26. September 2024 fand auf dem Biolandhof Ohst in Paplitz, Landkreis Jerichower Land, der Praxistag Schafhaltung statt. Veranstalter waren der Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V. und der Landesschafzuchtverband Sachsen-Anhalt e.V. Ein Überblick.

Der Biolandhof Ohst, ein Familienbetrieb im Nebenerwerb seit 2013, bewirtschaftet 72 ha mit Ackerbau und Schafhaltung und ist Mitglied im Bioland-Verband sowie im Bauernverband Jerichower Land e.V. Auf dem Hof werden 150 Mutterschafe der Rassen Suffolk und Rhönschaf gehalten. Der Betrieb zählt zu den 1,7 % der Schafhalter hierzulande, die im Nebenerwerb tätig sind. Den insgesamt 5.146 Schafhaltern und 88.771 Schafen im Jahr 2024 sind viele Herausforderungen präsent. Nichtsdestotrotz reichen die Potentiale der Schafhaltung von der Deichpflege über die Förderung der Artenvielfalt durch Tritt und Verbiss bis hin zum Lieferanten von Fleisch, Milch, Wolle und Dünger.



Für die Teilnehmer des Praxistages wurde ein Programm vorbereitet, das verschiedene aktuelle Fragen aufgenommen hatte.

Der Praxistag stand unter dem Titel: „Schafhaltung im Fokus: Praxis, Naturschutz und Erneuerbare Energien“ und thematisierte zentrale Aspekte wie die Vergütung von Landschaftspflegeleistungen und deren Herausforderungen sowie die Integration der Schafhaltung in erneuerbare Energiekonzepte. Sachsen-Anhalt verfügt über 52.000 PV-Anlagen, darunter 889 Freiflächenanlagen (Stand 2023). Der Ausbau solcher Anlagen spielt eine wichtige Rolle im Rahmen des Ziels, den Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 2030 zu mindestens 80 % aus Erneuerbaren Energien zu decken. Die Kombination von Schafhaltung und PV-Anlagen bietet gleich mehrere Vorteile: Beweidung ist eine umweltfreundliche Alternative zur maschinellen Bewirtschaftung. Auch eine Pflege von Standorten mit starkem Relief ist mit Schafen möglich. Die Beweidung kann das Vorkommen von Mäusgängen und Maulwurfshügeln auf der Anlage verringern, vor allem wenn die Beweidung im Herbst erfolgt und der Bewuchs nach der Beweidung kurz ist. Die Nutzung der naturnahen Schafbeweidung als Pflegeverfahren ist mit der ökologischen Stromerzeugung kompatibel und trifft in der Öffentlichkeit auf hohe Akzeptanz. Die regelmäßigen Kontrollen durch

Schäfer können zudem die Gefahr von Diebstahl und Vandalismus verringern. Für Schäfer bieten die Solaranlagen einen zusätzlichen Flächenpool mit Witterungsschutz für die Tiere. Gleichzeitig stellt die Beweidung auch aus Sicht des Naturschutzes eine sehr geeignete Nutzung der PV-Anlagen-Fläche dar, denn die Beweidung ist in der Regel eine extensive Bewirtschaftung mit positiven Effekten auf die Biodiversität und Bodenqualität. Durch den Tritt der Schafe entstehen Lücken im Boden, wo sich neue Arten ansiedeln können. Schafe bringen als „lebende Samentaxis“ viele verschiedene Tier- und Pflanzenarten von vorher beweideten Flächen auf die PV-Anlagen-Flächen und können so effektiv die Artenvielfalt erhöhen. Auch der Kot der Schafe dient vielen Tierarten, wie z.B. Fledermäusen und Mistkäfern, als wichtige Nahrungsquelle.

Allerdings bestehen auch Herausforderungen bei der Beweidung von PV-Anlagen. Laut Dr. Christian Scharch (Commonoaks) bergen u.a. niedrige Modulhöhen, scharfe Kanten, Querriegel unter den Modulreihen und unzureichende Zäune Gefahren für die Schafe. Auch ungesicherte Kabelführungen können zu einer Problemquelle werden. Geeignete Zäune in Einklang mit den geltenden Herdenschutzanforderungen und Zufahrten zur Tränkwasserversorgung sollten gewährleistet sein. Zäune aus Maschendraht sind oft unzureichend für den Schutz vor Wölfen oder zur Begrenzung der Weideflächen. Neben PV-Freiflächenanlagen wurde die AGRI-PV-Technologie vorgestellt, die eine Doppelnutzung landwirtschaftlicher Flächen ermöglicht. Michael Link (SUNfarming) erläuterte, wie teiltransparente Module und Regenwassersysteme sowohl die Stromerzeugung als auch das Pflanzenwachstum fördern können. Pro Hektar sind über 1.000 kWp möglich, während die extensive (ganzjährige) Beweidung Biodiversität und Bodenqualität fördert. Praxisbeispiele des Unternehmens können am Standort in Rathenow besichtigt werden.

Berater Dirk Werner (Arc-Beratungs-GbR) beleuchtete für Schafhalter relevante Förderungen: die Betriebsprämie, Tierprämien, Ökoregelungen, AUKM, FNL-Maßnahmen, Natura 2000-Ausgleich, und wies dabei auf verschiedene bürokratische Hürden hin. Um diese anzugehen sind die Entwicklung eines Problembewusstseins und Lösungswillen auf allen Ebenen wichtig, eine fundierte Fehleranalyse als Voraussetzung für die neue GAP und der Aufbau einer funktionierender Kommunikation von Praxis- und Entscheidungsebene.

Karsten Siersleben vom Landeskontrollverband Sachsen-Anhalt e.V. präsentierte ökonomische Kennzahlen

auf Basis der Betriebszweigauswertung 2021/22. Die durchschnittliche Arbeitskraftkapazität in der Schafhaltung beträgt 1,91 AK/Betrieb. Die Gesamtleistungen der Tierproduktion beliefen sich auf durchschnittlich 56.103 € je Betrieb. Dabei entfielen 25 % der Erlöse auf den Verkauf von Mastlämmern, während Schlachtschafe und Zuchttiere jeweils nur geringe Anteile von 3 % bzw. 1 % beisteuerten. Der Verkauf von Wolle spielte mit unter 1 % eine vernachlässigbare Rolle. Die Erlöskennzahl für Mastlämmer lag bei 92,03 €/Tier, wobei der Nettopreis pro Kilogramm Lebendmasse auf 3,03 € stieg – ein Plus von 0,26 € im Vergleich zum Vorjahr. Dies führte zu einem durchschnittlichen Erlös von 116,00 € pro Mastlamm, was einem Anstieg von 8,60 € je Tier entspricht. Zusätzliche Einnahmen stammen aus öffentlichen Direktzahlungen, die mit 57 % den Hauptanteil der Gesamteinnahmen ausmachten. Hierzu zählen neben der entkoppelten Betriebsprämie aus Säule 1 (28 %), die Agrarumweltmaßnahmen aus Säule 2 (25 %) und weitere Beihilfen/Prämien (4%). Direktvermarktung ohne Lamm, Deichpflege, die Beweidung von Solarparks oder der Verkauf von organischem Dünger kommen in der Kategorie sonstige Erlöse auf 14 %.



Themen waren u.a. die Herausforderungen bei der Beweidung von PV-Anlagen sowie wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Demgegenüber beliefen sich die Gesamtkosten pro Betrieb auf durchschnittlich 193.180 € (360,41 €/Mutterschaf), wovon 44 % auf Direktkosten entfielen. Diese umfassten Futter-, Tierarzt-, Wasser- und Herdenschutzkosten. Hohe Futterpreise in den Jahren 2021 und 2022 belasteten die Betriebe erheblich, was teils zu Reduzierungen der Tierbestände führte. Arbeitserledigungskosten, die 24 % der Gesamtkosten ausmachten, stiegen aufgrund zusätzlicher Herdenkontrollen und des wachsenden Wolfsdrucks deutlich an. Kalkulatorische Personalkosten machten 21 % der Gesamtkosten aus, Gebäudekosten 5 % und sonstige Ausgaben wie Versicherungen 6 %. Die langfristige Kostenentwicklung zeigte eine jährliche Steigerung von 8,28 €/Mutterschaf über die letzten zehn Jahre.



Natürlich ging es beim Praxistag nicht nur um Zahlen und Theorie.

Der Praxistag schloss mit einer Besichtigung des Fießer Bruchs, ein ehemaliges Urstromtal, Natura-2000- und Großtrappengebiet, einer Vorführung des Rappa-Systems und der Begutachtung der Herdenschutzhunde. Die Praktiker betonten die Notwendigkeit, die Bürokratie bei Förderprogrammen, Durchführungsverordnungen und Antragsverfahren praxisnah zu gestalten und die Vergütung von Landschaftspflegeleistungen an die steigenden Kosten anzupassen. Die aktuell vom KTBL (Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft) durchgeführten Revisionen der Zahlen zur Landschaftspflege mit Schafen und den Herdenschutzkosten müssen zügig in den Landesprogrammen Berücksichtigung finden. Ohne eine angepasste Vergütung der Landschaftspflegeleistungen, die den ständig steigenden Kosten Rechnung trägt, ist die Schafhaltung wirtschaftlich kaum tragfähig. Schafhaltung in Verbindung mit innovativen Konzepten wie PV-Anlagen trägt entscheidend zu nachhaltiger Landschaftspflege und zur Erreichung nationaler Klimaziele bei. In diese Entwicklung sollte die Schafhaltung aktiv eingebunden werden, beispielsweise in der Neuerrichtung von Freiflächen-PV-Anlagen, um eine praxisnahe, rentable, problemlose und tierwohl- und tierschutzgerechte Beweidung mit Schafen zu ermöglichen.

*Jana Zibolka
Ausschussvorsitzende
Fachausschuss Schaf- und Ziegenhaltung*

Die Erfolge unserer Arbeit

Wir als Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V. vertreten unternehmerisch handelnde Landwirte, deren wichtigstes Ziel war, ist und sein wird, gesunde Lebensmittel zu erzeugen. Unsere Landwirte legen in ureigenem Interesse größten Wert darauf, die natürlichen Ressourcen Boden, Luft und Wasser zu bewahren, die Belange des Tierschutzes in Haltung, Zucht und Fütterung zu garantieren sowie die vielfältige Kulturlandschaft und Artenvielfalt zu erhalten. Unsere Aufgabe: Die Mitglieder dabei zu unterstützen und sie dazu auf politischer und gesellschaftlicher Ebene zu vertreten.

2024 war ein Jahr, in dem wir gemeinsam viel bewegen konnten. Dank des Engagements vieler Mitglieder, der Unterstützung unserer Partner und unserer zielgerichteten Arbeit haben wir bedeutende Erfolge erzielt, die die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt verbessert haben. Im Folgenden möchten wir Ihnen eine exemplarische Übersicht verschiedener Errungenschaften des Jahres 2024 geben. Dazu zählen Erfolge auf EU-Ebene, für die über Jahre gerungen wurde sowie Erfolge, die Mitglieder direkt vor Ort erreicht haben.



Schutzstatus des Wolfes überarbeitet

Die EU-Staaten haben dafür gestimmt, Wölfe in Zukunft leichter abschießen zu können. Auch Deutschland hat dafür gestimmt. Damit ist ein fundamentaler Schritt zu einem aktiven Management der Wölfe endlich erfolgt, auf den jahrelang hingearbeitet worden ist.



GLÖZ 8

Streichung der Stilllegungsverpflichtung und zusätzliche Flexibilisierungen in den Regeln zur Konditionalität für die GAP-Förderung 2024 und Folgejahre. Diese Entscheidung war direkt auf die Proteste und politische Arbeit der Bauernverbände zurückzuführen.



Keine Duldungspflicht

Die ursprünglich von der Ampel-Koalition geplante Duldungspflicht von Netzanschlüssen konnte abgewendet werden. Dafür hat die langfristige und fachlich fundierte Arbeit mehrerer Bundesverbände den Ausschlag gegeben.



Stark vor Ort

Bei den Kommunalwahlen 2024 konnte die Wählergruppe „Landwirte für die Region“ in Stendal vier Sitze erreichen. Im Jerichower Land hat die „Ländliche Wählergemeinschaft JL“ zwei Sitze für sich gewonnen. Die Wählergruppe „Bauernverband“ in Mansfeld-Südharz hat zwei Sitze erreicht.

t – das haben wir erreicht



Impf- und Frost-Beihilfen

Bei Blauzungenkrankheit und den Frostschäden haben unser Bauernverband und assoziierte Verbände Informationen aufbereitet und vermittelt. Dadurch hatte die Politik eine Grundlage, um Mittel auf den Weg zu bringen, trotz sehr angespannter Haushaltslage.



Zukunftsprogramm Pflanzenschutz

Es wurde erreicht, dass im finalen Zukunftsprogramm Pflanzenschutz des BMEL keine pauschalen Verbote chemischer Pflanzenschutzmittel enthalten sind. Ebenso wurde der Ansatz von Refugial-Flächen gestrichen.



Geeinter Auftritt

Während der Proteste im Winter und bis in das Frühjahr hinein konnte erreicht werden, dass weder andere Interessengruppen noch Parteien die Proteste für sich vereinnahmen konnten. Das wurde erreicht, weil gemeinsam und klar kommuniziert wurde.



NRL an wichtigen Punkten angepasst

Ursprünglich vorgesehene verpflichtende Maßnahmen zur Wiedervernässung von Moorböden wurden geändert, solche Maßnahmen werden für Landwirte sowie private Landbesitzer nicht verpflichtend sein.

MIT

DENKEN.
REDEN.
MACHEN.

FÜR EINE
BESSERE
BAUERNPOLITIK.

Die Macht der Sprache – was hat es mit Protestkommunikation und Sprache des Protests in der Landwirtschaft auf sich?

Ein Gastbeitrag von Sprach- und Kommunikationswissenschaftlerin PD Dr. Martha Kuhnenn und Kommunikationswissenschaftlerin Anna Gros von der Universität Greifswald.

Die Bauernproteste zwischen 2019 und 2024 waren und sind ein Thema, über das in der Öffentlichkeit viel und oft kontrovers berichtet wurde. An dieser Stelle werden wir die Protestkommunikation und vor allem die Sprache der Bauernproteste aus einer kommunikationswissenschaftlichen sowie sprachkritischen Perspektive diskutieren. Solch ein Blick auf die Bauernproteste erscheint uns insbesondere deswegen wichtig, weil der konkrete Sprachgebrauch bei den Bauernprotesten ein breites Spektrum von kreativen, provokativen bis auch aggressiven Aussagen zeigte und die Grenzen akzeptabler Protestkommunikation teilweise überschritten wurden. Warum wir zu dieser Einschätzung kommen, erläutern wir in diesem Artikel. Schließlich werden wir uns mit der Frage beschäftigen, inwiefern eine problematische Protestkommunikation das öffentliche Image (gemeint ist das Bild in der Öffentlichkeit) einer Organisation wie dem Bauernverband beeinflussen kann und welche Handlungsempfehlungen wir vorschlagen, um das öffentliche Image eines Verbands und der Landwirtschaft aktiv in bestimmte Richtungen zu gestalten – wenn solch eine Gestaltung gewünscht ist.

Betrachten wir zuerst die Protestkommunikation. Als Kommunikationswissenschaftlerinnen werfen wir gerne einen Blick zurück in die Historie, um zu schauen, ob ein Phänomen wie die Bauernproteste schon einmal aufgetreten ist: Wie haben die Protestakteure und die Protestbeobachter bei vergangenen vergleichbaren Phänomenen agiert? Welche Symbole wurden in der Vergangenheit verwendet und was können wir darauf für die aktuelle Situation lernen?

Blicken wir z.B. auf die Landvolkbewegung, die in den 1920er und 1930er Jahren aus einer wirtschaftlichen Notlage heraus in den Steuerstreik trat. Die sogenannten „schwarzen Bauern“ machten ihre Unzufriedenheit durch militante Aktionen und Sabotageakte öffentlich. Das Logo, das damals von der Landvolkbewegung verwendet wurde, war die schwarze Fahne mit silbernem Pflug und rotem Schwert. Schwarz stand für die düsteren Zustände, der silberne Pflug für die ehrbare Landwirtschaft und das rote Schwert für die Staatsgewalt, gegen die protestiert wurde. Diese Fahne tauchte 2019 bei landwirtschaftlichen Protesten, z.B. von „Land schafft Verbindung“ wieder auf. Der Grund, dieses Logo wieder hervorzuholen, war vermutlich, dass der Gesetzgeber erneut Maßnahmen verhängt hatte, die die Landwirtschaft finanziell belasteten. Menschen, die sich mit dem Thema befassen, wissen: Der Preisdruck zwingt heute wie damals die Landwirte dazu, unter dem Erzeugerpreis zu verkaufen und die erhöhte Steuer gefährdet in einigen Fällen sogar die Existenz, insbesondere klei-

nerer Betriebe. Doch wer erinnert sich 100 Jahre später noch an die Hintergründe der Proteste der Landvolkbewegung? Was vor allem von der Landvolkbewegung im Gedächtnis geblieben ist, sind die rechtspolitischen Mitläufer, die sich stark antisemitisch äußerten und der Landvolkbewegung das Image einer rechtsradikalen Bewegung gegeben haben. Daher ist es aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive gefährlich, Symbole wiederzuverwenden, die unter mehreren und zum Teil antidemokratischen oder diskriminierenden Bedeutungen bekannt sind. Man kann versuchen zu argumentieren, in welchem Licht man Symbole verstanden haben möchte, aber es werden mehr Menschen die Symbole sehen, als sich Menschen die Begründung und den Kontext anschauen.

Proteste wollen gehört und gesehen werden. Proteste konkurrieren in der Öffentlichkeit mit zahlreichen anderen Themen. Zudem präferiert die Aufmerksamkeitslogik von Medien in der Regel einfache, verkürzte sowie negative Darstellungen.

Daher ist es erwartbar und prinzipiell zielführend, dass Protestkommunikation kreativ, verkürzt und provokant formuliert ist. Die Grenzen zwischen kreativ-provokanter und aggressiv-diskriminierender Protestkommunikation können jedoch verwischen. An Beispielen aus den Bauernprotesten 2023 soll diese kommunikative Grenze veranschaulicht werden. „Stirbt der Bauer, stirbt das Land“ oder „Bauerntod bringt Hungersnot“ waren Aussagen, die bei den Bauernprotesten in ganz Deutschland oft zu sehen waren. Beide Aussagen sind sachlich eindeutig, es werden keine ‚Zwischen-den-Zeilen-Aussagen‘ getätigt. Die Aussagen nehmen klar Partei für die Bauern, sind aber auch insofern überparteilich, als die Wichtigkeit von Landwirtschaft für das gesamte Land angesprochen wird. Sprachlich geschieht dies auf sehr prägnante, intensive Weise. Mit Blick auf die Funktion von Protestkommunikation ist solch eine kreativ-explizite Kommunikation erwartbar und verspricht Aufmerksamkeit. Wenngleich diese Aussagen sehr intensiv sind, werden keine konkreten Personen oder Personengruppen verbal angegriffen. Insgesamt können beide Beispiele daher als situationsangemessen eingeschätzt werden.

Bei den Bauernprotesten zeigten sich jedoch auch Aussagen, die konkrete Personen beleidigten oder bedrohten. Es stellt sich die Frage, was die Funktionen solcher Aussagen sind. Geht es (nur) noch um Aufmerksamkeit und Zustimmung? Oder soll mit solchen Aussagen Gewalt legitimiert und als nächste Handlungsoption beworben werden?

Weil uns nicht bekannt ist, wer entsprechende Aussagen tätigte und damit auch unklar ist, ob solche Aussagen von Mitgliedern des Bauernverbands getätigt wurden, sind wir an dieser Stelle vorsichtig mit unseren Beobachtungen. Jedoch finden sich in der Berichtserstattung oder bei Recherchen zu den Bauernprotesten verschiedene Beispiele, mit denen eben konkrete Personen beleidigt oder bedroht werden. Es ist wahrscheinlich oder wenigstens möglich, dass entsprechende Protestschilder in der Öffentlichkeit (auch) dem Bauernverband zugeschrieben werden – auch wenn diese Protestschilder nicht aus der Mitgliedschaft des DBV stammen. Daher erscheint es uns unabdingbar, dass sich der DBV auch mit solchen Aussagen kritisch auseinandersetzt. Neben der klaren Distanzierung gegen solche Aussagen gehört dazu auch die Diskussion um das öffentliche Image des Verbands. Ein Image ist ein vereinfachtes, verallgemeinertes Bild einer Person oder Gruppe und typischerweise mit einer positiven oder negativen Bewertung behaftet. Das Image lässt sich aktiv mit Sprache und Kommunikation gestalten. Daher ist ein sensibler und bewusst-strategischer Umgang mit Sprache – gerade auch bei Protesten – wichtig. Im Kontext von Protesten sollte eine Organisation bewusst die Funktion ihrer Protestkommunikation bestimmen. Darauf aufbauend sollten die konkreten Protestaussagen formuliert werden. Aussagen, die diesen Funktionen nicht dienen, andere Funktionen erfüllen oder das Potenzial haben, das öffentliche Bild der Organisation zu schädigen, sind nicht empfehlenswert. Auch Anspielungen und Mehrdeutigkeiten, die Aggressionspotenzial haben, sind nicht empfehlenswert. Neben dieser sprachstrategischen Arbeit lässt sich das Image einer Organisation mit thematisch-inhaltlicher Arbeit gestalten.

Im Folgenden sind vier Beispiele, um ein positives oder vielleicht auch erst einmal ungewöhnlich-überraschendes Bild von Landwirten zu vermitteln und einen Einblick in die Landwirtschaft gewähren, den man steuern kann:

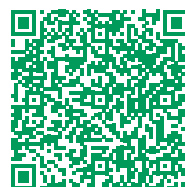
Alle diese Maßnahmen bauen auf ein kommunikatives Proaktiv-Sein seitens des Kommunikators/seitens der Organisation. Das Ziel dieses Vorgehens ist, dass die Organisation strategisch ein Image aufbaut, das mit einem ‚kommunikativen Guthabekonto‘ vergleichbar ist. Potenziellen Imageschäden aufgrund einzelner ‚Ausreißer‘ in der Außendarstellung, z.B. gewaltverherrlichende Aussagen bei Protesten, sollen mit diesem Guthabekonto abgepuffert werden.

1. Nachhaltigkeit: Landwirte verstehen Nachhaltigkeit z.B. als die Sicherung der Bodenqualität für kommende Generationen. Diese Sichtweise zu teilen, hilft, das Bewusstsein für den landwirtschaftlichen Umgang mit Ressourcen zu schärfen.

2. Internationalisierung: Landwirte arbeiten oft mit internationalen Erntehelfern zusammen, was für viele überraschend ist. Diese Zusammenarbeit könnte durch Social Media hervorgehoben werden, um sich gegen Fremdenfeindlichkeit zu positionieren.

3. Offenheit für gesellschaftliche Veränderungen: Menschen in der Landwirtschaft sind vielfältig, auch „die Landwirtschaft“ ist sehr heterogen. Das kann durch einen inklusiven Sprachgebrauch sichtbar gemacht werden, z.B. durch Gendern oder sprachliche Einbeziehung non-binärer Mitmenschen.

4. Digitalisierung: Viele Landwirte nutzen moderne Technik und sogar künstliche Intelligenz. Diese Fortschritte könnten durch aktive Kommunikation näher beleuchtet werden, um das Bewusstsein für die Offenheit zu digitaler Entwicklung in der Landwirtschaft zu erhöhen.



Nehmen Sie teil: Wir freuen uns, wenn Sie an unserer kurzen Umfrage teilnehmen, die im Rahmen der Doktorarbeit von Anna Gros stattfindet und nach den aktuellen Problemen in der Landwirtschaft fragt.



DR. MARCEL GERDS
Wirtschaftsprüfer / Steuerberater

DIE NUMMER 1 FÜR UNSERE LANDWIRTSCHAFT

IHR AGRARSPEZIALIST

- Steuerberatung
- Wirtschaftsprüfung
- Genossenschaftsprüfung
- Insolvenzverwaltung
- Moderner Belegtransfer mittels App



☎ Tel.: 03491 418040

✉ agrar@etl.de

🌐 www.marcel-gerds.de

Dr. rer. agr. Marcel Gerds
Wirtschaftsprüfer & Steuerberater
Landwirtschaftliche Buchstelle

Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg

ETL | Agrar & Forst
Steuerberatung

Progress
Genossenschaftsverband e.V.



Elektronische Rechnungspflicht ab dem 1. Januar 2025: Was Landwirtschaftsbetriebe wissen sollten

Ab dem 1. Januar 2025 wird es in Deutschland verpflichtend, Rechnungen an öffentliche Auftraggeber in elektronischer Form zu übermitteln. Diese Regelung betrifft auch landwirtschaftliche Betriebe, die mit der öffentlichen Hand zusammenarbeiten, etwa bei Förderungen oder Aufträgen. Wer öffentliche Gelder erhält oder mit öffentlichen Stellen arbeitet, muss seine Rechnungen in einem strukturierten elektronischen Format wie **XRechnung** oder **ZUGFeRD** einreichen.

Was bedeutet die elektronische Rechnungspflicht?

Ab 2025 müssen alle Rechnungen, die an öffentliche Auftraggeber gestellt werden, in einem digitalen Format übermittelt werden. Diese digitale Umstellung betrifft vor allem Landwirte, die staatliche Subventionen oder Fördergelder erhalten, da sie häufig Rechnungen an öffentliche Stellen senden.

Vorteile der E-Rechnung für Landwirte

Kostensenkung: Einsparungen durch den Wegfall von Papier, Porto und Archivierung.

Schnelligkeit: Rechnungen können schnell erstellt, übermittelt und bearbeitet werden.

Nachhaltigkeit: Der Verzicht auf Papier trägt zu einer umweltfreundlicheren Betriebsführung bei.

Transparenz: Die digitale Archivierung sorgt für eine lückenlose Dokumentation.

Übergangsregelungen für den privaten Sektor

Verpflichtend ist die elektronische Rechnung ab 2025 nur für Rechnungen an öffentliche Auftraggeber. Für den normalen Geschäftsverkehr mit privaten Kunden bleibt die E-Rechnung zunächst freiwillig. Unternehmen, die auf die E-Rechnung umsteigen möchten, können dies bis 2028 tun, ohne eine gesetzliche Verpflichtung zu haben. Ab 2028 wird sie dann auch für private Geschäftspartner verbindlich.

Vorbereitung auf die E-Rechnung

Landwirtschaftliche Betriebe sollten sich frühzeitig vorbereiten. Dazu gehört die Auswahl geeigneter Softwarelösungen, die das Erstellen und Versenden von E-Rechnungen ermöglichen, sowie Schulungen für Mitarbeiter und Anpassungen der IT-Infrastruktur.

Fazit

Die Einführung der elektronischen Rechnung betrifft auch Landwirte, die mit öffentlichen Auftraggebern zusammenarbeiten. Ab 2025 wird die E-Rechnung für diese Betriebe Pflicht, was eine Chance zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung darstellt. Wer sich rechtzeitig vorbereitet, kann von den Vorteilen der digitalen Rechnungsstellung profitieren.

*Torsten Freitag
Referent für Online-Redaktion und Medien*

Achtung Falle! Erkennen Sie die KI?

Besonders in den digitalen Medien tauchen immer mehr Bilder auf, die mit Künstlicher Intelligenz (KI) erzeugt worden sind. Trotz allem Fortschritt, die Bilder kann man oft an ein paar Punkten erkennen. Das ist wichtig, weil KI auch dazu missbraucht wird, um in digitalen Medien Falschnachrichten zu „belegen“ oder

Hetze zu verbreiten. In dieser Mini-Serie stellen wir Ihnen jeden Monat zwei Bilder vor: Ein echtes Foto und ein KI-Bild. Versuchen Sie, das KI-Bild zu bestimmen! Auf der Seite 15 finden Sie rechts unten die Auflösung und einen Hinweis, der die KI verraten haben könnte.



Austauschprogramm mit Uganda und Deutschland erfolgreich beendet

Die Schorlemer Stiftung beendet erfolgreich die letzte Runde des International Young Farmers' Exchange Program (IYFEP) in diesem Jahr. Insgesamt 10 deutsche und ugandische Agrarbegeisterte absolvierten ein dreimonatiges Praktikum im jeweiligen Partnerland und lernten die Landwirtschaft vor Ort kennen. Obst- und Gemüseproduktion, Tierhaltung und Direktvermarktung – unter anderem in diesen Bereichen konnten die Junglandwirtinnen und Junglandwirte ihre Kompetenzen einbringen und erweitern. Nach 12 Wochen intensiver Einblicke in die ugandische und deutsche Landwirtschaft reisten alle Programmbeteiligten zum finalen Abschlussseminar nach Berlin, um den Austausch unter Anleitung externer Trainerinnen und Trainer Revue passieren zu lassen.

„Ich hätte nie damit gerechnet, dass diese drei Monate so intensiv für mich sein werden. Ich konnte auf meinem Betrieb verschiedenste Einblicke in den Gartenbau sowie in die Viehhaltung bekommen. Das spannendste war die Kreislaufwirtschaft, die mein Betrieb sehr intensiv betreibt. Dazu wird u.a. das Insect-Farming mit der Schwarzen Soldatenfliege genutzt. Ich habe auch ein Düngeprojekt mit selbst produziertem Dünger durchgeführt“, erzählt Clarissa Grell, Teilnehmerin beim IYFEP.

„Dieses Programm zeigt, wie wichtig der interkulturelle Austausch in der Landwirtschaft ist. Wir freuen uns, jungen Menschen aus Deutschland und Uganda die Möglichkeit zu bieten, nicht nur ihre beruflichen Fähigkeiten zu erweitern, sondern auch wertvolle Erfahrungen zu sammeln, die ihre Perspektive auf die Landwirtschaft nachhaltig verändern“, resümiert Dr. Andreas Quiring, Geschäftsführer der Andreas Hermes Akademie. Auch Gerald Dohme, DBV, betont die positiven Auswirkungen solcher Austauschprogramme: „In einer globalisierten Welt ist es entscheidend, dass junge Fachkräfte lernen, über nationale Grenzen hinaus zu denken und zusammenzuarbeiten. Der Austausch fördert nicht nur das Fachwissen, sondern auch das gegenseitige Verständnis und den Dialog über die Herausforderungen und Chancen in der globalen Landwirtschaft“.



Mit der letzten Runde in diesem Jahr endet auch der IYFEP-Austausch in seiner bekannten Form. Das Programm wurde 2019 etabliert und auf fünf Jahre angelegt. Es fand im Rahmen des Globalvorhabens „Stärkung bäuerlicher Organisationen für nachhaltige Agrarentwicklung“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) statt und wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. Insgesamt haben 183 Teilnehmende am IYFEP-Programm teilgenommen. Für das Jahr 2025 ist lediglich ein stark reduziertes Programm geplant, welches ebenfalls durch BMZ und GIZ gefördert wird.

Nichtsdestotrotz möchte die Stiftung auch zukünftig weitere Austauschmöglichkeiten mit Uganda schaffen und wird die Zusammenarbeit mit dem ugandischen Partner, UNYFA, fortsetzen. Interessierte Berufstätige und Studierende, die ein Auslandspraktikum in Uganda absolvieren möchten, sowie Gastbetriebe, die internationale Praktikantinnen und Praktikanten aufnehmen möchten, können sich bei Johannes Leberer, j.leberer@schorlemer-stiftung.de, melden.

DBV



WEIL WIR
MEHR
KÖNNEN ALS
IMPORTE!

www.mehrkönnen.de

Wir gestalten mit: Nachhaltigkeit bei der R+V

Das Thema Nachhaltigkeit ist in aller Munde und sollte bereits jetzt, fester Bestandteil unseres täglichen Wirkens sowohl privat als auch beruflich sein. Für die R+V ist der Umweltschutz neben der Verantwortung als Versicherer, als Arbeitgeber, gegenüber unseren Kunden und in der Gesellschaft ein wichtiger Bestandteil unserer Nachhaltigkeitsstrategie.

Wir wollen zu den führenden nachhaltigen Unternehmen der Versicherungsbranche zählen. Gemeinsam mit dem Verbund, unseren Partnern und Kunden gehen wir voran in eine nachhaltige und klimaneutrale Zukunft. Dabei begleiten wir unsere Kunden auf Basis unserer genossenschaftlichen Werte in der Transformation. Wir achten auf einen vorausschauenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Erde und tragen langfristig zu sozialer Stabilität bei.

Unsere Zielsetzung:

- Nachhaltige Kapitalanlage mit klarem Ziel der CO₂-Neutralität
- Nachhaltiges Versicherungsgeschäft mit klarem Ziel der CO₂-Neutralität

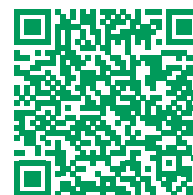
- Wachstum mit innovativen, nachhaltigen Produkten und Services
- Gelebte Nachhaltigkeit
- Transparenz nach innen und außen

Unsere bisherigen Meilensteine:

- Nachhaltige Fonds in der Rentenversicherung: R+V-VorsorgeKonzept, DuoInvest
- Kompetenzcenter Erneuerbare Energien: R+V zählt zu den wichtigsten Anbietern von Versicherungen für Erneuerbare-Energien-Anlagen
- Digitale Services: R+V-ScanApp, Online-Antragsstrecke, „Meine R+V“, Restkredit App, Online Akten, Digitale Signatur ... und vieles mehr!

Unser Bestreben ist es unser Angebot an nachhaltigen Produkten & Services stetig auszubauen.

Falls Sie weitere Informationen zu unserem Engagement suchen, finden Sie diese auf unserer Homepage unter Startseite - Über uns - Nachhaltigkeit bei der R+V - Unser Umgang mit Nachhaltigkeit oder direkt über den QR-Code.



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

R+V-ENERGIEPOLICE

Innovationen absichern. Gemeinsam und nachhaltig.

Die R+V-EnergiePolice bietet eine umfassende Risikoabsicherung für Ihre Photovoltaikanlage.

energiepolice.ruv.de

Agrar
KompetenzCenter

Du bist nicht allein.

Bürokratie kostet

Die übermäßige Bürokratie in Deutschland verursacht jährlich wirtschaftliche Verluste von bis zu 146 Milliarden Euro, wie eine Studie des ifo Instituts im Auftrag der IHK München und Oberbayern zeigt. Diese hohen Kosten verdeutlichen den dringenden Reformbedarf.

Grundlage der Berechnungen ist ein Bürokratie-Index, der internationale Vergleichsdaten zur administrativen Belastung von Unternehmen heranzieht. Die Studie zeigt, dass eine Reduktion des Bürokratieaufwands auf das Niveau Schwedens erhebliche Wachstumsimpulse liefern könnte. Zusätzlich könnte eine stärkere Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung die Wirtschaftsleistung um weitere 96 Milliarden Euro jährlich steigern, wenn Deutschland auf das Niveau Dänemarks aufschlüsse. Die Studie hebt hervor, dass insbesondere kleine Unternehmen unter der Bürokratie leiden.

Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer der IHK München, fordert daher ein sofortiges Bürokratiemoratorium. Bürokratische Nachweispflichten, Berichtsaufgaben, Datenschutzvorgaben und langwierige Verfahren müssten überprüft, verschlankt oder abgeschafft werden. Auch die Digitalisierung der Verwaltung müsse vorangetrieben werden, etwa durch einen zentralen, einheitlichen Online-Zugang für Unternehmen.

Die Berechnungen der Studie, die sowohl direkte als auch indirekte Bürokratiekosten umfassen, zeigen weitaus höhere Belastungen als bisherige Schätzungen, wie etwa die des Normenkontrollrats, der von direkten Kosten in Höhe von 65 Milliarden Euro pro Jahr ausgeht.

Erik Hecht

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

*Auflösung zu Seite 12
Leicht zu übersehen: das rechte Bild ist mit KI erstellt worden. Die Landwirtin hat drei Arme.*

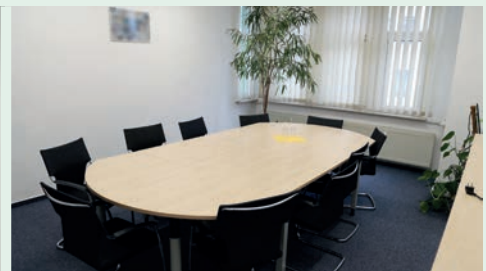
Büroräume zu vermieten

Der Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V. vermietet ab dem 01.01.2025 in der Maxim-Gorki-Straße 13 in Magdeburg Büroräume.

Die zu vermietende Bürofläche umfasst 5 Büroräume, einen Konferenzraum, eine Küche mit Einbauküche sowie einen Sanitärbereich für Damen und Herren innerhalb unseres denkmalgeschützten Gebäudes. Die Gesamtfläche beträgt 180 m². Die unterschiedlich großen Büroräume von 15 bis 20 m² ermöglichen eine vielseitige Nutzung als Einzelbüros, Zwei- bzw. Dreierbüros oder Besprechungsräume. Alle Büroräume sind aktuell mit Teppichboden ausgestattet, die Küche sowie der Sanitärbereich mit PVC-Belag.

Die Vermietung wird möbliert erfolgen. Die Büroräume können anteilig gemietet werden.

Kontaktieren Sie uns gerne für weitere ausführliche Informationen oder einen Besichtigungstermin.



Telefon 0391/73969-0

E-Mail: info@bauernverband-st.de



**Agrardienste
Sachsen-Anhalt
GmbH**

www.gruenerdeal.de



Die Leistungen der Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH unterstützen Sie.

- ✓ *Lohn- und Finanzbuchhaltung
aus einer Hand*
- ✓ *Sonderkonditionen bei Partnern
wie Hoyer, DBL, Kärcher,
Wibautec, Alarms uvm.*
- ✓ *Rabatte per Abrufschein beim
Autokauf über die DBV-Service
GmbH*



*Code scannen
und mehr erfahren!*

Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH

Maxim-Gorki-Straße 13, 39108 Magdeburg
Tel. 0391/73969-0; Fax 0391/73969-33
info@agrardienstesachsenanhalt.de

Außenstelle Halle
Herweghstraße 100, 06114 Halle (Saale)
Tel. 0345/963911-0; Fax 0345/963911-27

Unseren **Onlineshop** für
Bestellungen von **Werbemitteln**
finden Sie unter:
agrardienstesachsenanhalt.de/shop

